

Offene Fragen „zügig klärbar“

Rathauschef Ruh informierte in Aichenzell über große Straßenprojekte

FEUCHTWANGEN-AICHENZELL (gd) – In der Bürgerversammlung für die frühere Gemeinde Aichenzell nahm Bürgermeister Patrick Ruh unter anderem Stellung zur Westtangente und zur Ortsumfahrung von Sommerau. Beide seien Projekte aus der „kommunalen Sonderbaulast“, was bedeute, dass die Stadt die Vorfinanzierung übernehmen müsse. Zum aktuellen Planungsstand äußerte sich der Rathauschef durchaus optimistisch, „dass sich die noch offenen Fragen zügig klären lassen“.

Insbesondere beim Problem des höhengleichen Bahnübergangs an der Anbindung zur Dinkelsbühler Straße erwarte er eine baldige Lösung. Wie mehrfach berichtet, hatte dort die Bayernbahn als Eigentümerin der Strecke eine Unter- oder

Überführung verlangt und diesbezüglich eine verwaltungsgerichtliche Klage gegen die von der Stadt gewünschte niveaugleiche Querung eingereicht. Inzwischen gebe es technische Möglichkeiten, durch welche die Sicherheit für den Verkehr auch bei Höhengleichheit gewährleistet werden könne, informierte Ruh.

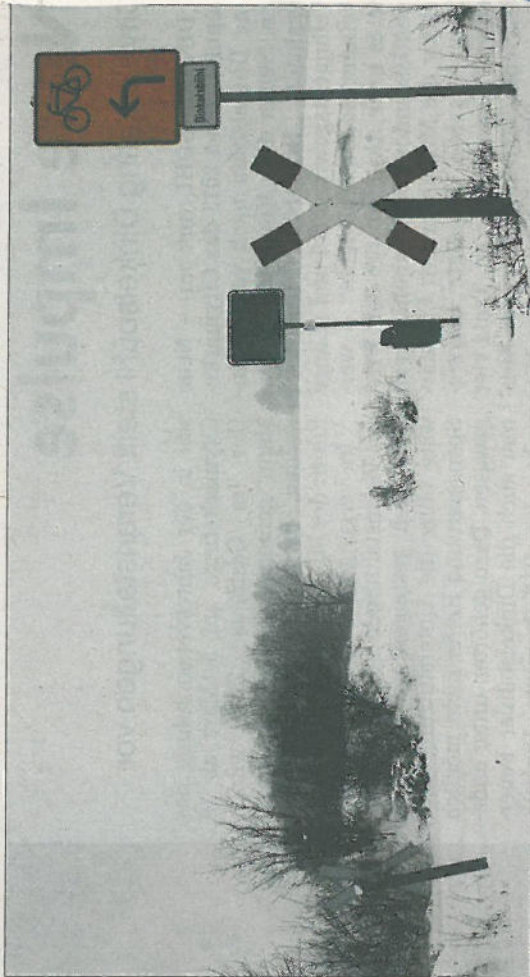
Gespräche dazu würden mit der Eigentümer-Seite geführt. Der gesamte Grunderwerb für die Trassenführung sei bereits abgeschlossen. Man hoffe jetzt, dass Ende nächsten Jahres mit dem Bau angefangen werden könne. Die Kosten seien auf 1,4 Millionen Euro berechnet. Davon würden 75 bis 80 Prozent als nachträgliche Zuschüsse zurückstattet.

Ruh stellte klar, dass es sich bei der Tangente nicht um eine Umgehungsstraße handle. Denn laut Zählungen würden 60 Prozent des Lkw-

Verkehrs als Quellbeziehungsweise Zielverkehr für das Industriegebiet eingestuft.

Zum Projekt Sommerau informierte Ruh, dass die Stadt die endgültige Planerstellung einem Fachbüro übertragen habe, nachdem die Arbeiten beim ursprünglich beauftragten staatlichen Straßenbauamt „nicht so recht vorangingen“.

Immerhin sei von der Behörde die Planung bis zu 80 Prozent konzipiert worden. Die endgültige Fertigstellung des Vorentwurfs für die Trassenführung erwarte man jetzt bis Mitte März. Im Sommer werde dann das Planfeststellungsverfahren



Der gestern ziemlich eingeschneite Bahnübergang nahe der Dinkelsbühler Straße (Foto) ist weiter der Hauptknackpunkt bei der Planung der Westtangente. Über den aktuellen Stand wurde jetzt in einer Bürgerversammlung informiert.

Foto: Dinkel

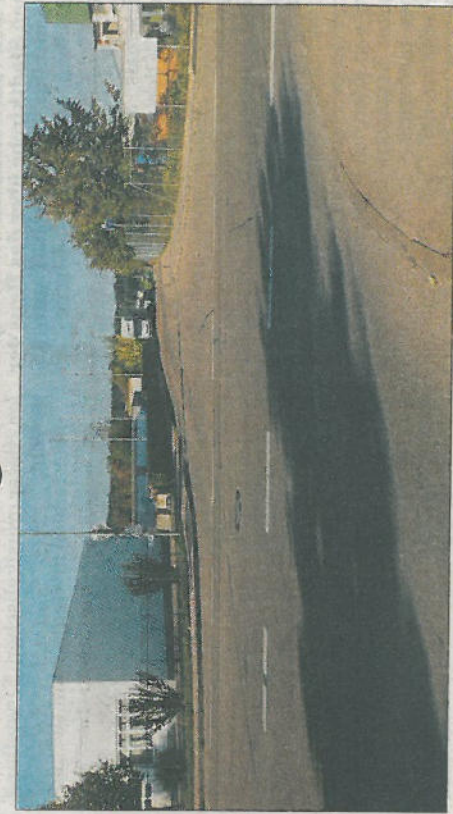
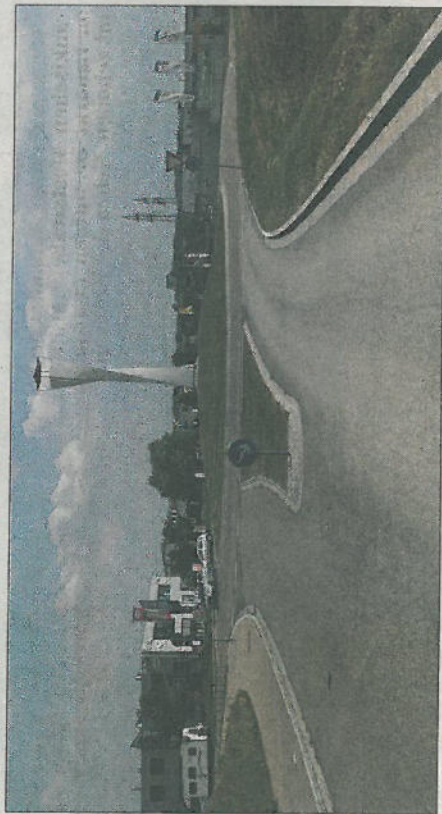
eingeleitet, das bis zu eineinhalb Jahre dauern könne, gab Ruh den Zeitrahmen vor.

Dessen Einhaltung könne allerdings davon abhängen, ob Klagen

eingereicht werden. Dann sei die Zeitschiene in Frage gestellt. Im Frühjahr werde man in den Grunderwerb „gehen“, so der Bürgermeister.

VIG VITEN / Südkant

Über die Kosten für den Bau der Westtangente informiert



8. 10. 2012

FEUCHTZWANGEN (ps) - Kämmerer Bernd Hippelein informierte das Ratsgremium über die Kosten für den geplanten Neubau der Westtangente in Feuchtwangen. Inklusiv der bereits erstellten Aste zwecks Anbindung dieser Trasse an die Kreisverkehrs-Schopflocher Straße/Bundesstraße 25 (linkes Bild) und Staatsstraße 1066/Daimlerstraße würden sich

die Kosten auf insgesamt 5.490.524 Euro einschließlich Grunderwerb und der Schaffung einer höhengleichen Bahnquerung belaufen. Unter Berücksichtigung bereits geleisteter Ausgaben in Höhe von 1.004.716 Euro beziffere sich der verbleibende Aufwand für die Kommune auf 4.485.808 Euro. Abzüglich der staatlichen Zuweisung bei einer veranschlagten

Förderquote von rund 50 Prozent müsse die Kreuzgangstadt noch 1.985.808 Euro berappen. Als sich dann wieder eine Grundsatzdiskussion im Stadtrat über den Sinn der geplanten Westtangente abzeichnete, wies Kurt Unger (SPD) darauf hin, dass die entsprechende Kostenvereinbarung zwischen der Stadt Feuchtwangen und dem Landkreis

Ansbach bereits beschlossene Sache und seitens des Stadtrats und des Kreistags auf Zustimmung gestoßen sei. Nach Mitteilung von Jörg Körner, dem Leiter des städtischen Tiefbauamts, werde im Bereich Daimlerstraße/Esbacher Weg (rechtes Bild) die Errichtung einer Ampel erwogen, um Fußgängern eine gefahrlose Querung zu ermöglichen. Fotos: Sennfelder

UIGVITEN - Stadtkreis

19.3.-20.3.11

19.3.11 Fern Südwest



Der Lkw-Verkehr auf der Dinkelsbühler und der Craillheimer Straße, also der B25 innerorts, ist in Feuchtwagen ein Dauerbrenner-Thema. Foto: Herbst

Feuchtwanger CSU-Ortsverband schreibt Joachim Herrmann (CSU) – Einstimmig beschlossen

Brief zur B 25-Sperre an den Minister

Für Dauerregelung – Gesetzesentwurf zur Mautausdehnung – Eckhardt fragte nach Umfang

Nach der geplanten Feuchtwanger Westumfahrung und der Umgehung des Ortsteils Sommerau fragte der frühere Rathauschef Wolf Rüdiger Eckhardt in der Hauptversammlung des CSU-Ortsverbands. „Die Westumfahrung wird kommen“, erwiderte sein Nachfolger, Bürgermeister Patrick Ruh (CSU), und zwar wie geplant. Die DB-Netz AG habe auf einen guten Rat des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in München gehört und die Normenkontrollklage zurückgezogen. Der VGH sei zu der Auffassung gelangt, „wenn auch nach eindringenden vier Jahren“, dass das Unternehmen gar nicht klagebefugt ist. Jetzt sei der Bebauungsplan unanfechtbar. Ruh wies auf ein paralleles Klageverfahren der Bayerbahn gegen die Regierung von Mittelfranken wegen des geplanten höhengleichen Übergangs von Bahn und Straße an dem Kreisverkehr Schopflocher Straße hin. Da habe die Regierung von Mittelfranken, „obwohl nach dem Eisenbahnrecht grundsätzlich keine neuen Kreuzungen mehr höhengleich ausgeführt werden dürfen“, die Firma verpflichtet, dies zu dulden.

legt habe, gemäß dem vorgesehen sei, die Mautpflicht auf vierstreifige Bundesstraßen mit einer Anbindung an Autobahnen auszuweiten, heißt es weiter in dem CSU-Schreiben. Wie berichtet, hatten Lindörfer und der frühere Bürgermeister der Kreuzgangstadt, Wolf Rüdiger Eckhardt (CSU), bereits in einem Pressegespräch auf den Gesetzesentwurf hingewiesen. „Er nimmt hier einfach auch die Anliegen der Bürger sehr ernst“, würdigte Lindörfer Verkehrsminister Ramsauer. Er hoffe, so der Ortsvorsitzende, dass diese Gesetzgebung bis Mitte oder spätestens Ende dieses Jahres in Kraft trete. Die CSU sehe darin einen wichtigen Schritt, um die räumig aufgetreten seien, als man die Autobahnmaut eingeführt hatte. „Nur beide Maßnahmen können den Mautausweichverkehr verringern.“ Zum Wohl der Bürger müssten das Bundesverkehrsministerium und das bayerische Innenministerium an einem Strang ziehen, informiert der CSU-Brief, damit die Bundesgesetzgebung und die Sperrung durchgesetzt oder beibehalten würden.

Im FLZ-Gespräch äußerte der Minister gestern schon einen Tag nach der Versammlung seine Meinung, wonach er eine weitere Sperrung bis 2015 oder 2016 für richtig halte (siehe Seite „Landkreis Ansbach“). „Die Sperrung hat sich bewährt, da der Anteil der schweren Lkw gesunken ist“, hatte CSU-Ortsvorsitzender Heribert Lindörfer in der Versammlung erläutert. Die Regelung laufe jetzt Ende März aus. Daher fordere die CSU den Innenminister auf, sie beizubehalten. Man begrüße es sehr, dass Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) einen Gesetzesentwurf vorge-

Es wäre nämlich unverhältnismäßig, hier eine Unterführung für etwa zwei Millionen Euro zu bauen – dafür dass dort vielleicht im Sommer zwei Zugpaare pro Woche verkehren.“ Er rechne damit, dass das Bahnunternehmen unterliege. Der schlimmste Fall wäre theoretisch, dass man eine Unterführung bauen müsste. Ob die Firma ihre Klage vor dem Hintergrund des Falles der DB-Netz AG ebenso zurückziehe, wisse er nicht. Bei der Sommerauer Umgehung „obliegt die Planung dem Staatlichen Bauamt“, erläuterte Ruh. Die Behörde vollziehe ein Planfeststellungsverfahren. Er habe bei dem Leiter des Staatlichen Bauamtes Ansbach, Helmut Arndt, um einen neuerlichen Ter-

min zum aktuellen Stand gebeten. „Wir gehen aber in diesem Zusammenhang von einem Zeitraum von mehreren Jahren aus.“ Der Grunderwerb sei noch nicht abgeschlossen und bleibe sehr problematisch. Den Straßenbelag in der Dinkelsbühler und Craillheimer Straße, also im Bereich der B25 innerorts, sprach eine Versammlungsteilnehmerin an. Das Staatliche Bauamt betreut die Trassen nach den Worten des Bürgermeisters für den Bund. Die Behörde habe vor, hier zu sanieren. Weil der Zustand teilweise so schlecht sei, werde man die Westumfahrung nicht abwarten können. Der Lastwagenverkehr habe nachts wieder sehr zugenommen, fügte die Dame hinzu.

15.02.11

VIGV / Fern / SW-Tangenten

Normenkontrollklage gegen die Kommune zurückgezogen – Bürgermeister Patrick Ruh:

Das Projekt Westtangente kann in der Kreuzgangstadt weitergehen

Als Träger öffentlicher Belange nichts gegen den Bebauungsplan vorgebracht

FEUCHTWANGEN (ps)
- Wie Bürgermeister Patrick Ruh gestern Nachmittag mitteilte, hat die Deutsche Bahn (DB) Netz AG die Normenkontrollklage gegen die Stadt Feuchtwangen wegen der Gültigkeit des Bebauungsplans „Westtangente“ zurückgezogen. „Damit geht unser Projekt Westtangente weiter“, so das Feuchtwanger Stadtoberhaupt.

Dieser Schritt der DB Netz AG sei nach einer Mitteilung erfolgt, den die se vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erhalten habe. Demnach sei der Antragsteller „präkludiert“, was den Ausschluss für bestimmte Rechts-handlungen oder Rechte bedeute.

Denn die DB Netz AG habe im Zuge der Anhörung als Träger öffentlicher Belange nichts vorgebracht, was gegen den Bebauungsplan gesprochen hätte. Damit wäre eine Klage ausgeschlossen, informierte Patrick Ruh. Damit werde es auch nicht mehr zu der für den morgigen Mittwoch anberaum-

ten öffentlichen Sitzung des achten Senats des VGH in München in Sachen DB Netz AG gegen die Stadt Feuchtwangen kommen. Parallel laufe jedoch noch das Klageverfahren der Bayernbahn gegen

die Regierung von Mittelfranken. Dabei gehe es um den Kreuzungsbereich der Schiene mit der künftigen Westtangente. Dabei wünsche die Bayernbahn ein Brückenbauwerk anstatt einer höhengleichen Kreuzung.

Die Anbindung der künftigen Westtangente (im Vordergrund) an den Kreisverkehr Dinkelsbühler Straße/Schopflocher Straße wurde bereits realisiert. Fotos: Sennfelder



Wo der Radweg in Richtung Dinkelsbühl am südlichen Ortsende von Feuchtwangen über die Bahnlinie führt, soll nach den Vorstellungen der Stadt auch künftig die Westtangente höhengleich die Schiene kreuzen. Die Bayernbahn wünscht hier jedoch ein Brückenbauwerk.

V. Jendt

PL/BSP/FEU / Südwesttangente

U & ÖH/PI OP

U & ÖH/104/FEU

31.7.08

Südwesttangente: Bund Naturschutz lehnt Stadtratsbeschluss ab

Umweltverband gegen Trasse

„Erst konsequent die Vollsperrung für die Lkw weiterverfolgen“

FEUCHTWANGEN (pm) - Der Bund Naturschutz (BN) kritisiert den Stadtratsbeschluss zum Bau und zur Finanzierung der geplanten Feuchtwanger Südwesttangente. Bei den betroffenen Bereichen im Südwesten der Stadt handelt es sich nach Angaben des Verbands ab dem Anschluss an die bisherige Bebauung um ökologisch hochwertige, sensible Bereiche.

Deren Wert begründe sich zum einen durch ihren Einzelwert, erklärt BN-Kreisgeschäftsführer Helmut Altreuther in einer Pressemitteilung. Er nennt zum Beispiel den Heckenweiher mit den angrenzenden Feuchtwiesen und dem Bachlauf, den Lohweiher und die Hecken- und Streuobstflächen bei Winterhalten. Zum anderen gebe es einen räumlichen Zusammenhang im Sinne eines Biotopverbundes dieser Biotope und Kleinstrukturen.

Es sei ein relativ harmonischer Übergang zwischen Bebauungsgrenze und Gärten sowie der Feldflur gegeben. „Diese Tatsache begründet auch den unschätzbaren Wert des Bereiches als Naherholungsgebiet.“ Es handle sich um das letzte Feuchtwanger Naherholungsgebiet, das nicht vom Stadtgebiet abgeschnitten ist. Durch den Bau der Westtangente würde diese Situation unwiederbringlich zerstört.

Hauptverlierer wären neben der Tierwelt die Spaziergänger und Erholungssuchenden. „Den Bürgern bliebe im Wesentlichen ein durchschnittlicher verlärmter Bereich.“ Die Verkehrsentlastung stehe in keinem Verhältnis zur Naturzerstörung und den Kosten von 4,6 Millionen Euro, so Ortsvorsitzender Wolfgang Hauf. Der prognostizierten durchschnittlichen Entlastung der Bundesstraße 25 von etwa 17 Prozent stehe eine Mehrbelastung der Dresdener Straße von 22 Prozent entgegen.

Die Wohnbereiche westlich der B25 erhielten mehr Verkehrslärm aus dem Südwesten. „Die enorme Belastung der lärm-, feinstaub- und abgasgeplagten Anwohner wird durch die Tangente nicht gelöst, zumal keine rechtliche Möglichkeit besteht, die Lkw auf die neue Trasse zu zwingen.“ Ähnlich betroffene Orte wie Banzenweiler und Dorfgütingen profitierten gar nicht.

Das Argument der hohen Bezuschussung sei nur ein finanztechnischer Taschenspielertrick: Auch Landes- und Bundeszuschüsse seien Leistungen des Steuerzahlers. Durch die Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht entstünden zudem neue Kosten. Altreuther und Hauf fordern deshalb, zuerst konsequent die Möglichkeiten der B25-Vollsperrung für den Lkw-Fernverkehr weiterzuverfolgen.

Bau der Südwest-Tangente kostet rund 4,6 Millionen Euro:

Förderung von knapp 60 Prozent erwartet

Kreuzgangstadt hat auch Verkehrssicherungspflicht

FEUCHTWANGEN (ps) - Der Neubau der Südwest-Tangente als KreisstraÙe war ein wichtiges Thema in der jüngsten Sitzung des Feuchtwanger Stadtrats. Dabei hat das Gremium bei zwei Gegenstimmen einer Vereinbarung mit dem Landkreis Ansbach zwecks Übernahme der StraÙenbaulast durch die Stadt „grünes Licht“ erteilt.

Wie Jörg Körner vom städtischen Bauamt berichtete, sei der Abschluss dieser Vereinbarung auch Voraussetzung für die Zuschuss-Gewährung. Die geplante Trasse soll im Süden der Kreuzgangstadt vom bereits bestehenden Kreisverkehr Bundesstraße 25/Schopflocher Straße abzweigen und dann über die Bahnlinie weiter zwischen Winterhalten und dem gleichnamigen Weiher in Richtung Heckenweiher und über die Daimlerstraße bis zu deren Einmündung in die Staatsstraße 1066 führen, wo die Errichtung eines weiteren Kreisels geplant sei.

Die Stadt Feuchtwangen sei für die Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung des Vorhabens zuständig, habe die StraÙenbaulast und mit der Übergabe der StraÙe auch den Winterdienst sowie die Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht inne. Die Widmung müsse in einem gesonderten Verfahren auf Antrag der Stadt von der Regierung von Mittelfranken durchgeführt werden.

Der Kreisausschuss habe sich be-

reits mit dem Projekt befasst, informierte Bürgermeister Patrick Ruh. Die Unterhaltspflicht hänge auch nach Auffassung des Landkreises von den Rahmenbedingungen ab. Falls sich herausstellen sollte, dass die Südwest-Tangente zunehmend vom überörtlichen Verkehr genutzt werde, wäre eine Übernahme der Kosten für dem Unterhalt durch den Landkreis durchaus realistisch. Die Stadt hätte dann die Möglichkeit, die auf unbefristete Zeit geschlossene Vereinbarung zwei Jahre vor dem angestrebten Zeitpunkt der Rückübertragung der StraÙenbaulast an den Landkreis zu kündigen. Dann käme es zu einer Neubewertung der Situation.

Falls künftig eine mit Feuchtwangen vergleichbare Situation entstehen sollte und der Landkreis gegenüber einer anderen Kommune zur Übernahme der Unterhaltspflicht bereit wäre, hätte dies auch eine Gleichbehandlung für die Kreuzgangstadt zur Folge. Der Landkreis habe sich zudem bereit erklärt, die an ihn gehenden StraÙenunterhaltungszuschüsse für die Südwest-Tangente an die Stadt Feuchtwangen durchzureichen, da die Stadt den StraÙenunterhalt leiste, so Bürgermeister Ruh.

Die Kosten für den Bau der Südwest-Tangente würden auf rund 4,6 Millionen Euro geschätzt, führte Jörg Körner aus. Wie ihm ein Vertreter der Regierung von Mittelfranken weiter dargelegt habe, könne man mit Zu-



Im Süden der Kreuzgangstadt soll die geplante Südwest-Tangente an den Kreisverkehr Bundesstraße 25/Schopflocher Straße angebunden werden. Im Einmündungsbereich ist die künftige Trasse der Umgehung bereits fertig gestellt (im Vordergrund). Foto: Sennfelder

wendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzgleichgesetz von knapp 60 Prozent dieser Summe vorbehaltlich der Zustimmung der Obersten Baubehörde rechnen.

Seine Fraktion lehne den Bau der Südwest-Tangente ab und werde gegen den Abschluss der Vereinbarung stimmen, betonte Michael Schmidt (Grüne). Denn auch bei einer Realisierung würde die Dinkelsbühler beziehungsweise Crailsheimer Straße eine Bundesstraße bleiben. Zudem könne man für die Lastwagen nur Hinweissschilder aufstellen und hoffen, dass diese die Umgehung durch das Gewerbegebiet nutzen. Allerdings müssten sie dann im bestehenden Kreisverkehr

am südlichen Ortsende von Feuchtwangen 90 Grad abbiegen.

Des Weiteren müsse man sich darüber im Klaren sein, dass jedes Navigationssystem stets den kürzesten Weg anzeige und nachts in der Dinkelsbühler Straße die Ampeln ausgeschaltet seien, was einer raschen Durchfahrt entgegenkomme. Besser wäre es, zunächst die Entscheidung abzuwarten, ob die B 25 im hiesigen Bereich für den Transitverkehr gesperrt werde. Zur Er-

schließung des Gewerbegebiets wäre die Verlängerung der Badstraße um weniger als 100 Meter die bessere Lösung. Die Realisierung der Südwest-Tangente würde eine stärkere Belastung der Dresdener Straße nach sich ziehen und Dorfgrütungen oder Ban-

zenweiler vom Schwerverkehr nicht entlasten.

Laut Helmut Huber (CSU) wäre die Südwest-Tangente auch für die Erweiterung eines Kunststoff verarbeitenden Betriebs wichtig und damit für den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen in Feuchtwangen. Zudem würde die Gefahrenstellen an den jeweiligen Einmündungsbereichen der Staatsstraße 1066 in die Bundesstraße 25 beseitigt.

Die von seiner Fraktion unterstützte Nordwest-Tangente und die Erweiterungsfläche für einen Kunststoff verarbeitenden Betrieb könnten völlig unabhängig von der West-Tangente realisiert werden, meinte Michael Schmidt.

PL1 BLP | FEN | Südwert

21. Dez 2007

Fen / PL / BVP / ... / Heidworf -
Tangerh

Grüne im Feuchtwanger Ratsgremium sprachen sich weiter gegen geplante Trasse aus – „Straße bringt nicht erhofften Effekt“

Tangente: Mehrheit stimmte fürs Bebauungsplanverfahren

Ilgenfritz (CSU): „Stadt kann das Vorhaben zeitlich fördern“ – Laut Unger (SPD) ist das Projekt nicht länger aufschiebbar

FEUCHTWANGEN (oh) – Nach dem Bau- und Verkehrsausschuss hat sich jetzt auch der Stadtrat dafür ausgesprochen, für die geplante Westtangente ein Bebauungsplanverfahren vorzusehen. Gegen den Plan stimmten in der jüngsten Sitzung die drei Mitglieder der Grünen-Fraktion. „Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Straße nicht den Effekt bringt, den man sich erhofft“, machte deren Sprecher Michael Schmidt deutlich.

Es werde nur Fläche verbaut, sehr viel Geld ausgegeben, und die Grünen zweifelten auch daran, dass man niveaugleichen Bahnübergang verwirklichen könne, sagte Schmidt. Wie berichtet, will die Stadt die Westtangente als Kreisstraße bauen lassen, nachdem der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof (VGH) geurteilt hatte, dass es nicht zulässig sei, die geplante Trasse als Ortsstraße einzustufen. Ursprünglich hatte sich der Stadtrat dafür entschieden, ein Plan-

feststellungsverfahren zu beantragen. Deshalb habe Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt (CSU) mit der Regierung von Mittelfranken gesprochen, berichtete der Leiter der Feuchtwanger Bauverwaltung, Siegfried Engelhardt, den Räten.

Aber: „Die Regierung sieht sich leider kurzfristig nicht in der Lage, das Planfeststellungsverfahren durchzuführen.“ Jedoch sei es auch möglich, die Straße auf der Grundlage eines Bebauungsplans zu errichten.

Manfred Ilgenfritz (CSU) plädierte in der Sitzung dafür, an dem Projekt festzuhalten, die Westtangente als Kreisstraße zu errichten. Ob die Stadt dies mit einem Bebauungsplan oder einem Planfeststellungsverfahren abwickle, sei eine Frage des Verfahrens. Nachdem die Kommune das Bebauungsplanverfahren selbst in der Hand habe, könne sie es zeitlich fördern.

Auch SPD-Fraktionschef Kurt Unger unterstützte diesen Weg, räumte aber ein, dass seine Partei eigentlich eine andere Trassenführung im Sinn gehabt

habe. Der Vorschlag, sei abgelehnt worden. Inzwischen ist das Projekt laut Unger aber in einem Stadium, in dem man es sich nicht leisten kann, den Straßenbau weitere Jahre aufzuschieben. „Wir müssen etwas tun, an der Dinkelsbühler und Crailsheimer Straße muss sich etwas ändern.“

Er finde es aber unerklärlich, warum die Regierung beim Thema Planfeststellungsverfahren zeitliche Schwierigkeiten anführe, so Unger.

Einstimmig genehmigten die Stadträte in der Sitzung ferner ein Kostenpaket in Höhe von 9000 Euro (zusätzlich Mehrwertsteuer). Das Paket schließt die Um- oder Neuplanung des Projekts Westtangente (2500 Euro), ein Schallschutzgutachten in Bezug auf die geplante Erweiterung des Kunststoff verarbeitenden Industriebetriebs im Norden Feuchtwangens (die FLZ berichtete) mit 5000 Euro und eventuell 1500 Euro für nötige Vermessungsarbeiten im Zuge dieses Gutachtens ein.

Es sei sinnvoll, die Maßnahmen gemeinsam zu vergeben, meinte zweiter Bürgermeister Herbert Lindorfer (CSU), der den erkrankten Rathauschef Wolf Rüdiger Eckhardt vertrat. Den Auftrag der Kreuzgangstadt erhält ein Ingenieurbüro.



Die geplante Westtangente soll die Dinkelsbühler Straße (im Bild) und die Crailsheimer Straße entlasten. Im Stadtrat entschied sich jetzt die Mehrheit dafür, ein Bebauungsplanverfahren auf den Weg zu bringen. Foto: Herbst

8./9. Dez 2007

Bauausschuss stimmte ab:

Für die Tangente Bebauungsplan

Weiter Kreisstraße geplant

FEUCHTWANGEN (oh) – Mit einem Bebauungsplanverfahren wird die Stadt Feuchtwangen künftig am Projekt ihrer Westtangente weiterarbeiten. Zumindest sprach sich der Bau- und Verkehrsausschuss in seiner jüngsten Sitzung für dieses Vorgehen aus. Stadtrat Michael Schmidt (Grüne) stimmte als einziges Ausschussmitglied gegen diese Idee.

Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in einem Urteil erklärt hatte, dass Feuchtwangen die geplante Trasse nicht als Ortsstraße widmen dürfe, hatte sich der Stadtrat ursprünglich dafür entschieden, ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten (die FLZ berichtete).

Deshalb sei er bei der Regierung von Mittelfranken gewesen, sagte Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt (CSU). Aber: „Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man kein Planfeststellungsverfahren machen sollte, sondern ein ganz normales Bebauungsplanverfahren.“ Angelegenheiten, die derzeit – wie berichtet – ein Kläger beanstandet, würden ohnehin im einen wie im anderen Verfahren geprüft.

Ansonsten ändere sich an dem Projekt nichts Wesentliches. Weiterhin plant die Stadt, dass die Westtangente eine Kreisstraße werden soll. „Es ist eigentlich so, dass wir ‚Ortsstraße‘ streichen und ‚Kreisstraße‘ drüberschreiben“, so der Rathauschef. Die Stadt bittet ein Ingenieurbüro um ein Kostangebot für das Projekt.

Stadtrat: Landkreis Ansbach soll Westtangente errichten

Stadt Feuchtwangen zahlt die Baukosten

Planfeststellungsverfahren wird bei Regierung beantragt

FEUCHTWANGEN (ps) – Der Stadtrat hat in jüngster Sitzung bei drei Gegenstimmen beschlossen, für den Bau der Feuchtwanger Westtangente bei der Regierung von Mittelfranken ein Planfeststellungsverfahren zu beantragen. Den Landkreis Ansbach will man bitten, diese Trasse als Kreisstraße zu bauen.

Der Bayerische Verwaltungsrichtshof (VGH) habe ja in der vergangenen Woche geurteilt, dass es nicht zulässig sei, diese Trasse als Ortsstraße einzustufen und zu bauen (die FLZ berichtete), so Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt. Er bleibe dabei, dass dies ein Fehlurteil sei. Denn die Bundesstraße gehe ja nach wie vor durch den Ort.

„Wir müssen das aber nun akzeptieren“, meinte das Stadtoberhaupt. Für die Errichtung der Straße durch den Landkreis Ansbach und für den Unterhalt werde die Stadt Feuchtwangen dann die Kosten tragen. Bereits zu Wo-

chenbeginn werde er Gespräche mit der Regierung von Mittelfranken führen.

„Wir haben mehrfach auf die höher-rangige Bedeutung dieser Straße hingewiesen, aber kein Gehör gefunden“, führte Joachim Gutekunst (Grüne) aus. Diese Auffassung habe nun der VGH bestätigt. Die Errichtung der Straße werde nun vermutlich teurer als geplant, weil nun ein niveaugleicher Bahnübergang eventuell nicht mehr zu realisieren sei. Zudem werde die Tangente nicht die erhoffte Entlastung bringen und ein wichtiges Naherholungsgebiet zerschneiden. Effektiver wäre eine 24-Stunden-Sperrung der Bundesstraße 25 für den „Mautausweichverkehr“. Den bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein sollte man diesbezüglich „beim Wort nehmen“.

Auch dieser könnte sich nicht über Gerichtsurteile hinwegsetzen, entgegnete Bürgermeister Eckhardt. Die Situation sei auch nicht vergleichbar mit



Für die Einmündung der Westtangente in den Kreisverkehr Schopflocher Straße/Bundesstraße 25 ist ein kurzes Trassenstück (im Vordergrund) bereits angelegt worden. Foto: Senzfelder

derjenigen auf der Bundesstraße 8 zwischen Würzburg und Nürnberg, die für den Schwerlastverkehr gesperrt sei, aber parallel zur Autobahn verlaufe. Die Bundesstraße 25 gehe aber – beispielsweise im Ries – auch über die Fläche. Manfred Ilgenfritz (CSU) unterstrich, dass man die Feuchtwanger Westtangente zur Entlastung der Dinkelsbühler Straße und zu einer besseren Anbindung des Industriegebiets brauche.

ALBIPITEN / Westtangente
H. W. W. W.

15.11.2007

PLIBLPI/Fenl / Westhausen

Strasse zwischen Industriegebiet und Kreisverkehr: Nach Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes ist das Projekt aufgeschoben

Baut der Kreis die Westtangente für die Stadt?

Anwältin des Klägers fordert „effektiven Lärmschutz“ – Eckhardt: „Nächstes Jahr um diese Zeit werden wir bauen können“

FEUCHTZWANGEN (cc) - Der Bau der geplanten Feuchtwanger Westtangente ist vorerst aufgeschoben. Die geplante Trasse als Ortsstraße einzustufen und zu bauen sei nicht zulässig, heißt es in einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH). Ein Tierarzt, dessen Klinik und Wohnhaus an der geplanten Straße liegen, hatte gegen das Vorhaben geklagt. Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt will nun den Landkreis als Bauherren für die Westtangente gewinnen. Die Anwältin des Tierarztes, Dr. Sylvia Meyerhuber, drängt derzeit auf einen „effektiven Lärmschutz“ für ihren Mandanten, sollte die Straße eines Tages doch gebaut werden.



Im März dieses Jahres sahen sich die Richter des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes an, wo die Feuchtwanger Westtangente verlaufen soll. In ihrem Urteil heißt es nun: Die Trasse als Ortsstraße einzustufen und zu bauen ist nicht zulässig.

Meyerhuber. Für sie steht nach dem VGH-Urteil allerdings fest, „dass sich die Stadt eine Zuständigkeit ange-maßt hat, indem sie die Westtangente als Gemeindestraße bezeichnet hat, diese aber eindeutig höherrangig ist.“ Die Verwaltungsrichter des achten VGH-Senats folgen in ihrem Urteil Meyerhubers Argumentation: Die Westtangente habe eben nicht die hauptsächliche Erschließungs- und

Zubringerfunktion einer Gemeinde-straße. Vielmehr würde sie „Teil eines übergeordneten Verkehrsnetzes“ sein und – als „faktische Umgehungsstra-ße“, so Meyerhuber – damit auch dem Durchgangsverkehr dienen. Ein Indiz dafür sei die derzeit noch abgedeckte Beschilderung am Kreisverkehr im Süden der Stadt. Die Verkehrsteilneh-mer würden über die geplante Tangen-

te in Richtung Würzburg, Rothenburg

und Autobahn gelenkt. Nur wer in die Stadtmitte wolle, werde über die Dinkelsbühler Straße geleitet.

Das Urteil sei „eine Fehlentscheidung, die ich akzeptieren muss – bedauerlich im Hinblick auf die leidende Bevölkerung“, sagt Bürgermeister Eckhardt. Dass die Straße gebaut werden müsse, stehe außer Zweifel. Die Stadt hat keine andere Wahl. „Geht es nach dem Willen des Rathauses, springt der Kreis als Bauherr in Feuchtwan-gen ein. Die Tangente wird als Kreisstraße klassifiziert – und die Stadt zahlt den Bau sowie den laufenden Unterhalt. Der Bauausschuss des Landkreises habe in seiner gestrigen Sitzung „einen ersten Schritt in Rich-tung Zustimmung“ getan, so Landrat Rudolf Schwemmbau-er. Der Kreis wolle für die Stadt „in Vorleistung gehen – aber ohne Kostenbeteiligung“. Eine Vereinbarung über den Bau der Westtangente soll nach der De- zember Sitzung des Kreistages abgeschlossen werden.

Selbst wenn die Tangente als Kreis-s-trasse realisiert werden könnte: An- der Forderung des Klägers nach einem effektiven Lärmschutz wird sich nichts ändern. Die bislang vorgesehe- ne Böschung sei für einen effektiven Lärmschutz „definitiv zu wenig“, meint Anwältin Meyerhuber.

Wolf Rüdiger Eckhardt ist derweil zuversichtlich: „Nächstes Jahr um die- se Zeit werden wir bauen können.“

Foto: Hählein